

Quelle: <https://www.indianpunchline.com/biden-doctrine-abates-china-tensions/>

Veröffentlicht am 11. September 2021 von M. K. BHADRAKUMAR

### **Biden-Doktrin entschärft China-Spannungen**

Ein 90-minütiges Telefongespräch zwischen den Präsidenten der Vereinigten Staaten und Chinas macht sicherlich weltweit Schlagzeilen, aber das Telefonat von Präsident Joe Biden mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping am Freitag zieht aufgrund seines Zeitpunkts, des Hintergrunds und des Inhalts besondere Aufmerksamkeit auf sich. <https://www.indianpunchline.com/biden-doctrine-abates-china-tensions/>

Veröffentlicht am 11. September 2021 von M. K. BHADRAKUMAR

### **Biden-Doktrin entschärft China-Spannungen**

Ein 90-minütiges Telefongespräch zwischen den Präsidenten der Vereinigten Staaten und Chinas macht sicherlich weltweit Schlagzeilen, aber das Telefonat von Präsident Joe Biden mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping am Freitag zieht aufgrund seines Zeitpunkts, des Hintergrunds und des Inhalts besondere Aufmerksamkeit auf sich.

Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 und inmitten der hohen Erwartungen an eine "Biden-Doktrin", die in der US-Außenpolitik gerade erst geboren wird. Alle drei sind entscheidende Momente vor dem Hintergrund eindeutiger Anzeichen für einen langsamen, stetigen Niedergang der Vereinigten Staaten, der sich in letzter Zeit beschleunigt hat.

Ein ausgezeichnete Aufsatz in der Zeitschrift Foreign Affairs definiert die Biden-Doktrin wie folgt: Eine "kohärente Version des pragmatischen Realismus - eine Denkweise, die die Förderung konkreter US-Interessen in den Vordergrund stellt, von anderen Staaten erwartet, dass sie ihre eigenen Interessen verfolgen, und den Kurs ändert, um das zu bekommen, was die Vereinigten Staaten in einer wettbewerbsorientierten Welt brauchen... [markiert] eine willkommene Abkehr von der jahrzehntelangen übermäßig durchsetzungsfähigen US-Außenpolitik, die Leben und Ressourcen bei der Verfolgung unerreichbarer Ziele verschwendet hat." weiterlesen

Natürlich ist die obige Definition nur teilweise richtig. War Biden nicht ein glühender Verfechter der NATO-Erweiterung, dem Wendepunkt in der Großmachtpolitik der Nachkriegszeit? George Kennan hatte damals mit großer Voraussicht gewarnt:

"Warum sollten sich die Ost-West-Beziehungen bei all den hoffnungsvollen Möglichkeiten, die das Ende des Kalten Krieges mit sich brachte, auf die Frage konzentrieren, wer mit wem verbündet sein würde und folglich gegen wen in irgendeinem phantastischen, völlig unvorhersehbaren und höchst unwahrscheinlichen künftigen militärischen Konflikt?"

"Kurz gesagt: Die Erweiterung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Zeit nach dem Kalten Krieg. Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit anheizen, sich negativ auf die Entwicklung der russischen Demokratie auswirken, die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Ost-West-Beziehungen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken würde, die uns ganz und gar nicht gefällt ..."

Biden vertrat zweifellos das amerikanische Establishment und war wie die strategische Gemeinschaft und die politische Elite der USA vom "unipolaren Moment" überzeugt. Er unterstützte die von den USA angeführte Militärintervention in Jugoslawien und stimmte für die Genehmigung der Kriege in Afghanistan und im Irak. In der berausenden Anfangsphase der Invasion des Irak sah er sogar, dass die USA dieses Land "auf den Weg zu einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft" bringen würden.

Als jedoch klar wurde, dass die Kriege in Afghanistan und im Irak schrecklich schief liefen, lehnte Biden jede Aufstockungsstrategie ab und drängte auf einen schnellen Rückzug. Nennen Sie es eine pragmatisch-realistische Ader oder die Vorahnung eines vollendeten Politikers, hierin liegt die beste Hoffnung für die Biden-Doktrin, die er am 31. August in einer bahnbrechenden Rede zum Ende des Krieges in Afghanistan verkündete.

Es ist noch etwas zu früh, um daraus den Schluss zu ziehen, dass der Abzug aus Afghanistan eine Neuformulierung der militärischen Präsenz der USA auf der ganzen Welt einläuten wird - auch wenn

die innenpolitische Reform für Biden heute die zwingende Realität ist, die eine Rücknahme der imperialen Überdehnung fordert.

Der Prüfstein wird sicherlich die übermäßige Militarisierung und das Nullsummenspiel der USA in Asien sein. Bidens Aufruf zu einem extremen Wettbewerb mit China verschärft die Spannungen. Sollte dies zu einer ausdrücklichen Garantie für die Verteidigung Taiwans führen, würden Washingtons bereits umfangreiche regionale Verpflichtungen eine rote Linie überschreiten.

Bidens Ansatz bestand darin, die geopolitische Rivalität mit China zu verschärfen, gleichzeitig aber auch die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Herausforderungen zu begrüßen und so Raum für Diplomatie zu bewahren. Allerdings hat Peking in letzter Zeit eine harte Linie eingeschlagen, die ein selektives Engagement ausschließt - das heißt, solange die USA ihre feindselige Haltung gegenüber China nicht aufgeben, um es absichtlich zu unterdrücken, ist eine Zusammenarbeit nicht möglich. Unter diesem Gesichtspunkt ist Bidens Anruf bei Xi am Freitag zu verstehen. In der Mitteilung des Weißen Hauses heißt es erstens, dass eine "umfassende strategische Diskussion" stattgefunden habe, die zu einer gegenseitigen Vereinbarung geführt habe, sich "offen und direkt" in Bereichen zu engagieren, in denen ihre Interessen übereinstimmen, aber auch in Bereichen, in denen "unsere Interessen, Werte und Perspektiven auseinandergehen".

Zweitens unterstrich Biden das Engagement der USA für "Frieden, Stabilität und Wohlstand" im indopazifischen Raum und dafür, dass "der Wettbewerb nicht in Konflikte ausartet". Drittens war dies eine höflich formulierte Verlautbarung des Weißen Hauses, die keinerlei Anspielungen oder aggressives Drängen enthielt.

Der Kontrast zum knappen Bericht des Weißen Hauses über das erste Gespräch zwischen Biden und Xi am 20. Februar könnte nicht schärfer sein. Im Februar sprach Biden von der "Bewahrung eines freien und offenen indopazifischen Raums" und betonte seine "grundsätzliche Besorgnis über Pekings zwanghafte und unfaire Wirtschaftspraktiken, das harte Durchgreifen in Hongkong, die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und das zunehmend selbstbewusste Vorgehen in der Region, auch gegenüber Taiwan".

Biden blieb hart, und sein Interesse an bilateralen Beziehungen beschränkte sich darauf, "praktische, ergebnisorientierte Beziehungen [mit China] zu pflegen, wenn dies den Interessen des amerikanischen Volkes und unserer Verbündeten dient". Punkt. Am Freitag hat Biden im Gegenteil Pekings Beharren auf einem ganzheitlichen Ansatz in den Beziehungen praktisch eingeräumt. Das deutet auf ein grundlegendes Umdenken hin.

Zwar fällt in der ausführlichen chinesischen Verlautbarung die Genugtuung über die "offene, eingehende und umfassende strategische Kommunikation und den Austausch" auf. Obwohl die Beziehungen nur aufgrund der US-Politik "in ernste Schwierigkeiten geraten sind", hat Xi den Bogen überspannt:

Die Beziehungen in Ordnung zu bringen ist keine Option, sondern etwas, das wir tun müssen und das wir gut machen müssen... Die beiden Länder sollten nach vorne schauen und vorwärts drängen, strategischen Mut und politische Entschlossenheit zeigen und die Beziehungen zwischen China und den USA so schnell wie möglich wieder auf den richtigen Weg einer stabilen Entwicklung bringen. Aber dann wies Xi auch vorsichtig darauf hin, dass "Engagement und Dialog zur Förderung von Koordination und Kooperation" auf der Grundlage der "gegenseitigen Achtung der Kernanliegen und des richtigen Umgangs mit Unterschieden" erfolgen müssen. Insgesamt milderten Xis Bemerkungen die harte "Alles-oder-Nichts"-Optik, mit der hochrangige chinesische Beamte eine Zusammenarbeit ausschlossen, wenn die USA ihre Politik nicht änderten.

Laut dem chinesischen Bericht bekräftigte Biden das Festhalten der USA an der Ein-China-Politik und strebte "einen offeneren Austausch und konstruktive Diskussionen mit China an, um Schlüssel- und Prioritätsbereiche zu identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit möglich ist, Fehlkommunikation, Fehleinschätzungen und unbeabsichtigte Konflikte zu vermeiden und die Beziehungen zwischen den USA und China wieder auf den richtigen Weg zu bringen".

Biden sagte auch, dass die USA "sich auf weitere Diskussionen und Zusammenarbeit mit China freuen, um mehr gemeinsame Positionen zu erreichen" in wichtigen Fragen und betonte, dass "die Zukunft des größten Teils der Welt davon abhängt, wie die Vereinigten Staaten und China miteinander auskommen".

Und die beiden Staatsoberhäupter vereinbarten, "häufige Kontakte auf verschiedenen Wegen zu pflegen und Beamte auf Arbeitsebene anzuweisen, die Arbeit zu intensivieren, einen umfassenden Dialog zu führen und die Bedingungen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen China und den USA zu schaffen.

Haben sie Notizen für ein baldiges persönliches Treffen ausgetauscht? Das ist jetzt durchaus denkbar. Biden scheint die Illusionen, China unterdrücken zu können, abzulegen. Man ist sich bewusst, dass

Chinas Hilfe und Zusammenarbeit für die Bewältigung wichtiger globaler Probleme - vom Klimawandel über Afghanistan bis hin zu Nordkorea und dem Iran - von entscheidender Bedeutung ist. Interessanterweise wurden alle hochrangigen Gespräche, die in letzter Zeit zwischen den beiden Ländern stattgefunden haben, von der US-Seite initiiert. Allein in den letzten drei Wochen nach dem Afghanistan-Konflikt hat Außenminister Antony Blinken zweimal mit dem chinesischen Staatsrat und Außenminister Wang Yi telefoniert, und Bidens Klimabeauftragter John Kerry hat während seines Besuchs in China mit Wang und dem Politbüromitglied Yang Jiechi gesprochen. All dies unterstreicht das Gefühl der Dringlichkeit in Washington, einen Weg nach Peking zu öffnen. Die US-Regierung ist mit komplexen außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert und steht innenpolitisch unter enormem Druck, da es an vielen Fronten Krisen gibt. Allerdings gibt es hier einen Widerspruch - die brodelnde Rivalität mit dem aufstrebenden China und die Besessenheit, den "strategischen Rivalen" zu schwächen, auf der einen Seite und das akute Bedürfnis nach Chinas Hilfe und Zusammenarbeit auf der anderen Seite. Diesen Widerspruch aufzulösen, wird zum Lackmustest für die Biden-Doktrin.

Anmerkungen

(1) Biden der Realist. Die außenpolitische Doktrin des Präsidenten hat sich im Verborgenen gehalten von Joshua Shiffrin und Stephen Wertheim Foreign Affairs, September 9, 2021. - URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-09-09/biden-realist>

Weitere Artikel von Stephen Wertheim auf Foreign Affairs

Delusions of Dominance - Biden Can't Restore American Primacy - and Shouldn't Try, 25. Januar 2021 - URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-01-25/delusions-dominance>  
Der Preis der Vorherrschaft - Warum Amerika die Welt nicht dominieren sollte, März/April 2020  
URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2020-02-10/price-primacy>

Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 und inmitten der hohen Erwartungen an eine "Biden-Doktrin", die in der US-Außenpolitik gerade erst geboren wird. Alle drei sind entscheidende Momente vor dem Hintergrund eindeutiger Anzeichen für einen langsamen, stetigen Niedergang der Vereinigten Staaten, der sich in letzter Zeit beschleunigt hat.

Ein ausgezeichnete Aufsatz in der Zeitschrift Foreign Affairs definiert die Biden-Doktrin wie folgt: Eine "kohärente Version des pragmatischen Realismus - eine Denkweise, die die Förderung konkreter US-Interessen in den Vordergrund stellt, von anderen Staaten erwartet, dass sie ihre eigenen Interessen verfolgen, und den Kurs ändert, um das zu bekommen, was die Vereinigten Staaten in einer wettbewerbsorientierten Welt brauchen... [markiert] eine willkommene Abkehr von der jahrzehntelangen übermäßig durchsetzungsfähigen US-Außenpolitik, die Leben und Ressourcen bei der Verfolgung unerreichbarer Ziele verschwendet hat." weiterlesen

Natürlich ist die obige Definition nur teilweise richtig. War Biden nicht ein glühender Verfechter der NATO-Erweiterung, dem Wendepunkt in der Großmachtpolitik der Nachkriegszeit? George Kennan hatte damals mit großer Voraussicht gewarnt:

"Warum sollten sich die Ost-West-Beziehungen bei all den hoffnungsvollen Möglichkeiten, die das Ende des Kalten Krieges mit sich brachte, auf die Frage konzentrieren, wer mit wem verbündet sein würde und folglich gegen wen in irgendeinem phantastischen, völlig unvorhersehbaren und höchst unwahrscheinlichen künftigen militärischen Konflikt?"

"Kurz gesagt: Die Erweiterung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Zeit nach dem Kalten Krieg. Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit anheizen, sich negativ auf die Entwicklung der russischen Demokratie auswirken, die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Ost-West-Beziehungen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken würde, die uns ganz und gar nicht gefällt ..."

Biden vertrat zweifellos das amerikanische Establishment und war wie die strategische Gemeinschaft und die politische Elite der USA vom "unipolaren Moment" überzeugt. Er unterstützte die von den USA angeführte Militärintervention in Jugoslawien und stimmte für die Genehmigung der Kriege in Afghanistan und im Irak. In der berausenden Anfangsphase der Invasion des Irak sah er sogar, dass die USA dieses Land "auf den Weg zu einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft" bringen würden.

Als jedoch klar wurde, dass die Kriege in Afghanistan und im Irak schrecklich schief liefen, lehnte Biden jede Aufstockungsstrategie ab und drängte auf einen schnellen Rückzug. Nennen Sie es eine pragmatisch-realistische Ader oder die Vorahnung eines vollendeten Politikers, hierin liegt die beste Hoffnung für die Biden-Doktrin, die er am 31. August in einer bahnbrechenden Rede zum Ende des Krieges in Afghanistan verkündete.

Es ist noch etwas zu früh, um daraus den Schluss zu ziehen, dass der Abzug aus Afghanistan eine Neuformulierung der militärischen Präsenz der USA auf der ganzen Welt einläuten wird - auch wenn die innenpolitische Reform für Biden heute die zwingende Realität ist, die eine Rücknahme der imperialen Überdehnung fordert.

Der Prüfstein wird sicherlich die übermäßige Militarisierung und das Nullsummenspiel der USA in Asien sein. Bidens Aufruf zu einem extremen Wettbewerb mit China verschärft die Spannungen. Sollte dies zu einer ausdrücklichen Garantie für die Verteidigung Taiwans führen, würden Washingtons bereits umfangreiche regionale Verpflichtungen eine rote Linie überschreiten.

Bidens Ansatz bestand darin, die geopolitische Rivalität mit China zu verschärfen, gleichzeitig aber auch die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Herausforderungen zu begrüßen und so Raum für Diplomatie zu bewahren. Allerdings hat Peking in letzter Zeit eine harte Linie eingeschlagen, die ein selektives Engagement ausschließt - das heißt, solange die USA ihre feindselige Haltung gegenüber China nicht aufgeben, um es absichtlich zu unterdrücken, ist eine Zusammenarbeit nicht möglich. Unter diesem Gesichtspunkt ist Bidens Anruf bei Xi am Freitag zu verstehen. In der Mitteilung des Weißen Hauses heißt es erstens, dass eine "umfassende strategische Diskussion" stattgefunden habe, die zu einer gegenseitigen Vereinbarung geführt habe, sich "offen und direkt" in Bereichen zu engagieren, in denen ihre Interessen übereinstimmen, aber auch in Bereichen, in denen "unsere Interessen, Werte und Perspektiven auseinandergehen".

Zweitens unterstrich Biden das Engagement der USA für "Frieden, Stabilität und Wohlstand" im indopazifischen Raum und dafür, dass "der Wettbewerb nicht in Konflikte ausartet". Drittens war dies eine höflich formulierte Verlautbarung des Weißen Hauses, die keinerlei Anspielungen oder aggressives Drängen enthielt.

Der Kontrast zum knappen Bericht des Weißen Hauses über das erste Gespräch zwischen Biden und Xi am 20. Februar könnte nicht schärfer sein. Im Februar sprach Biden von der "Bewahrung eines freien und offenen indopazifischen Raums" und betonte seine "grundsätzliche Besorgnis über Pekings zwanghafte und unfaire Wirtschaftspraktiken, das harte Durchgreifen in Hongkong, die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und das zunehmend selbstbewusste Vorgehen in der Region, auch gegenüber Taiwan".

Biden blieb hart, und sein Interesse an bilateralen Beziehungen beschränkte sich darauf, "praktische, ergebnisorientierte Beziehungen [mit China] zu pflegen, wenn dies den Interessen des amerikanischen Volkes und unserer Verbündeten dient". Punkt. Am Freitag hat Biden im Gegenteil Pekings Beharren auf einem ganzheitlichen Ansatz in den Beziehungen praktisch eingeräumt. Das deutet auf ein grundlegendes Umdenken hin.

Zwar fällt in der ausführlichen chinesischen Verlautbarung die Genugtuung über die "offene, eingehende und umfassende strategische Kommunikation und den Austausch" auf. Obwohl die Beziehungen nur aufgrund der US-Politik "in ernste Schwierigkeiten geraten sind", hat Xi den Bogen überspannt:

Die Beziehungen in Ordnung zu bringen ist keine Option, sondern etwas, das wir tun müssen und das wir gut machen müssen... Die beiden Länder sollten nach vorne schauen und vorwärts drängen, strategischen Mut und politische Entschlossenheit zeigen und die Beziehungen zwischen China und den USA so schnell wie möglich wieder auf den richtigen Weg einer stabilen Entwicklung bringen. Aber dann wies Xi auch vorsichtig darauf hin, dass "Engagement und Dialog zur Förderung von Koordination und Kooperation" auf der Grundlage der "gegenseitigen Achtung der Kernanliegen und des richtigen Umgangs mit Unterschieden" erfolgen müssen. Insgesamt milderten Xis Bemerkungen die harte "Alles-oder-Nichts"-Optik, mit der hochrangige chinesische Beamte eine Zusammenarbeit ausschlossen, wenn die USA ihre Politik nicht änderten.

Laut dem chinesischen Bericht bekräftigte Biden das Festhalten der USA an der Ein-China-Politik und strebte "einen offeneren Austausch und konstruktive Diskussionen mit China an, um Schlüssel- und Prioritätsbereiche zu identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit möglich ist, Fehlkommunikation, Fehleinschätzungen und unbeabsichtigte Konflikte zu vermeiden und die Beziehungen zwischen den USA und China wieder auf den richtigen Weg zu bringen".

Biden sagte auch, dass die USA "sich auf weitere Diskussionen und Zusammenarbeit mit China freuen, um mehr gemeinsame Positionen zu erreichen" in wichtigen Fragen und betonte, dass "die

Zukunft des größten Teils der Welt davon abhängt, wie die Vereinigten Staaten und China miteinander auskommen".

Und die beiden Staatsoberhäupter vereinbarten, "häufige Kontakte auf verschiedenen Wegen zu pflegen und Beamte auf Arbeitsebene anzuweisen, die Arbeit zu intensivieren, einen umfassenden Dialog zu führen und die Bedingungen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen China und den USA zu schaffen.

Haben sie Notizen für ein baldiges persönliches Treffen ausgetauscht? Das ist jetzt durchaus denkbar. Biden scheint die Illusionen, China unterdrücken zu können, abzulegen. Man ist sich bewusst, dass Chinas Hilfe und Zusammenarbeit für die Bewältigung wichtiger globaler Probleme - vom Klimawandel über Afghanistan bis hin zu Nordkorea und dem Iran - von entscheidender Bedeutung ist.

Interessanterweise wurden alle hochrangigen Gespräche, die in letzter Zeit zwischen den beiden Ländern stattgefunden haben, von der US-Seite initiiert. Allein in den letzten drei Wochen nach dem Afghanistan-Konflikt hat Außenminister Antony Blinken zweimal mit dem chinesischen Staatsrat und Außenminister Wang Yi telefoniert, und Bidens Klimabeauftragter John Kerry hat während seines Besuchs in China mit Wang und dem Politbüromitglied Yang Jiechi gesprochen.

All dies unterstreicht das Gefühl der Dringlichkeit in Washington, einen Weg nach Peking zu öffnen. Die US-Regierung ist mit komplexen außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert und steht innenpolitisch unter enormem Druck, da es an vielen Fronten Krisen gibt.

Allerdings gibt es hier einen Widerspruch - die brodelnde Rivalität mit dem aufstrebenden China und die Besessenheit, den "strategischen Rivalen" zu schwächen, auf der einen Seite und das akute Bedürfnis nach Chinas Hilfe und Zusammenarbeit auf der anderen Seite. Diesen Widerspruch aufzulösen, wird zum Lackmустest für die Biden-Doktrin.

Anmerkungen

(1) Biden der Realist. Die außenpolitische Doktrin des Präsidenten hat sich im Verborgenen gehalten von Joshua Shiffrin und Stephen Wertheim Foreign Affairs, September 9, 2021. - URL:

<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-09-09/biden-realist>

Weitere Artikel von Stephen Wertheim auf Foreign Affairs

Delusions of Dominance - Biden Can't Restore American Primacy - and Shouldn't Try, 25. Januar 2021 - URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-01-25/delusions-dominance>

Der Preis der Vorherrschaft - Warum Amerika die Welt nicht dominieren sollte, März/April 2020

URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2020-02-10/price-primacy>

-- Ende der maschin. Übersetzung--

+++++

<https://www.indianpunchline.com/biden-doctrine-abates-china-tensions/>

Posted on [September 11, 2021](#) by [M. K. BHADRAKUMAR](#)

## **Biden Doctrine abates China tensions**

A 90-minute phone conversation between the presidents of the United States and China surely makes world news, but President Joe Biden's call to his Chinese counterpart Xi Jinping on Friday draws special attention on its timing, backdrop and substance.

It comes 'post-Afghanistan', on the eve of the 20th 'anniversary' of the 9/11 attacks and amidst high expectations of a 'Biden Doctrine' struggling to be born in the US foreign policy. All three are defining moments amidst the backdrop of sure signs of a slow, steady decline of the United States accelerating of late.

An excellent essay in the Foreign Affairs magazine defines the Biden Doctrine as follows:

A 'coherent version of pragmatic realism—a mode of thought that prizes the advancement of tangible U.S. interests, expects other states to follow their own interests, and changes course to get what the United States needs in a competitive world... [marking] a welcome change from decades of over-assertive U.S. foreign policy that has squandered lives and resources in pursuit of unachievable goals.' [read more](#)

Of course, the above definition is only partly correct. Wasn't Biden an ardent advocate of the NATO expansion, the turning point in the post-cold war era big-power politics? George Kennan had forewarned at that time with great prescience:

"Why, with all the hopeful possibilities engendered by the end of the Cold War, should East-West relations become centered on the question of who would be allied with whom and, by implication, against whom in some fanciful, totally unforeseeable and most improbable future military conflict?"

"[B]untly stated...expanding NATO would be the most fateful error of American policy in the entire post-Cold War era. Such a decision may be expected to inflame the nationalistic, anti-Western and militaristic tendencies in Russian opinion; to have an adverse effect on the development of Russian democracy; to restore the atmosphere of the cold war to East-West relations, and to impel Russian foreign policy in directions decidedly not to our liking ... "

Biden no doubt represented the American establishment and was full of the 'unipolar moment' like the the US strategic community and political elite. He supported the US-led military intervention in Yugoslavia and voted to authorise the wars in Afghanistan and Iraq. In the initial heady phase of the invasion of Iraq, he even saw the US putting that country 'on the path to a pluralistic and democratic society.'

Yet, to be fair, once it became clear that the wars in Afghanistan and Iraq were going horribly wrong, Biden opposed any 'surge' strategy and urged quick exit. Call it a pragmatic realistic streak or the premonition of a consummate politician, herein lies the best hope for the Biden Doctrine, which he enunciated on August 31 in a [landmark speech](#) on the end of the war in Afghanistan.

It is a bit early to conclude that Afghanistan withdrawal presages a recast of the US military footprint globally — **although domestic reform is the compelling reality today for Biden, which demands rollback of the imperial overreach.**

Certainly, the touchstone will be the US' excessively militarised and zero-sum approach in Asia. Biden's call for extreme competition with China ratchets up tensions. If this extends to an explicit guarantee to defend Taiwan, Washington's already extensive regional commitments would cross the red line.

Biden's approach has been to intensify geopolitical rivalry with China while also welcome cooperation on common challenges, preserving room for diplomacy. However, Beijing has lately taken a tough line ruling out selective engagement — that is, unless the US jettisons its hostile attitude toward China to suppress it wilfully, cooperation is not possible.

It is from such a perspective that Biden's call to Xi on Friday needs to be understood. The three-fold salience of the [White House readout](#) is, firstly, that a 'broad, strategic discussion' has taken place resulting in a mutual agreement to engage 'openly and straightforwardly' on areas where their interests converge as well as where 'our interests, values and perspectives diverge.'

Secondly, Biden underscored the US' commitment to 'peace, stability, and prosperity' in the Indo-Pacific and to ensure that 'competition does not veer into conflict.' Thirdly, this has been a politely-worded White House readout devoid of oneupmanship or aggressive hectoring.

The contrast with the curtly-worded White House [readout of the first conversation](#) on February 20 between Biden and Xi couldn't be sharper. In February, Biden harped on 'preserving a free and open Indo-Pacific' and highlighted his 'fundamental concerns about Beijing's coercive and unfair economic practices, crackdown in Hong Kong, human rights abuses in Xinjiang, and increasingly assertive actions in the region, including toward Taiwan.'

Biden was hanging tough and his interest in bilateral engagement narrowed down to 'pursuing [with China] practical, results-oriented engagements when it advances the interests of the American people and those of our allies.' Period. On Friday, on the contrary, Biden has virtually come round to conceding Beijing's insistence on a holistic approach to the relationship. It suggests a major rethink.

To be sure, the expansive [Chinese readout](#) is conspicuous for its note of satisfaction over the 'candid, in-depth and extensive strategic communication and exchanges.' Although the relationship has 'run into serious difficulty' only due to the US policy, Xi has gone the extra league:

'Getting the relationship right is not an option, but something we must do and must do well... The two countries should look ahead and press forward, demonstrate strategic courage and political resolve, and bring China-U.S. relations back to the right track of stable development as soon as possible.'

But then, Xi also gently flagged that 'engagement and dialogue to advance coordination and cooperation' need to be 'on the basis of respecting each other's core concerns and properly managing differences.' Overall, Xi's remarks moderates the tough 'all-or-nothing' optics of senior Chinese officials ruling out cooperation unless the US policies mended its ways.

The Chinese readout says Biden reaffirmed the US' adherence to one-China policy and sought 'more candid exchanges and constructive discussions with China to identify key and priority areas where cooperation is possible, avoid miscommunication, miscalculation and unintended conflict, and get U.S.-China relations back on track.'

Biden also said the US 'looks forward to more discussions and cooperation with China to reach more common positions' on important issues and spotlighted that 'the future of the bulk of the world will depend on how the United States and China get on with each other.'

And the two leaders agreed to 'maintain frequent contact by multiple means and instruct officials at the working level to intensify the work, conduct extensive dialogue and create conditions for the further development of China-U.S. relations.'

Did they exchange notes for an early meeting in person? That's entirely conceivable now. Biden appears to be discarding the illusions of suppressing China. There is realisation that China's help and cooperation is vital for addressing key global issues ranging from climate change and Afghanistan to North Korea and Iran.

Interestingly, all the recent high-level exchanges between the two countries have been initiated by the US side. Post-Afghanistan, through the past 3 weeks alone, Secretary of State Antony Blinken twice called Chinese State Councilor and Foreign Minister Wang Yi and

Biden's climate envoy John Kerry since communicated with Wang as well as Politburo member Yang Jiechi while visiting China.

All this underscores a sense of urgency in Washington to open a pathway toward Beijing. The US administration is grappling with complex foreign policy challenges and facing huge pressure domestically with crises on multiple fronts.

However, there is a contradiction here — the seething rivalry with rising China and the obsession with weakening the 'strategic rival' on one side and the acute need for China's help and cooperation on the other side. Reconciling this contradiction becomes the litmus test of the Biden Doctrine.

### **Notes**

(1) Biden the Realist. The President's Foreign Policy Doctrine Has Been Hiding in Plain Sight by [Joshua Shifrinson and Stephen Wertheim](#) Foreign Affairs, September 9, 2021. – URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-09-09/biden-realist>

### **More articles by Stephen Wertheim on Foreign Affairs**

Delusions of Dominance - Biden Can't Restore American Primacy - and Shouldn't Try, Jan 25, 2021 – URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-01-25/delusions-dominance>

The Price of Primacy - Why America Shouldn't Dominate the World, [March/April 2020](#)  
URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2020-02-10/price-primacy>